

Ein Frühling für Algerien?

Autor(en): **Watanabe, Lisa**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **178 (2012)**

Heft 12

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-309700>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Frühling für Algerien?

Auf den ersten Blick scheint sich das Versprechen der Staatsgewalt eines geordneten Übergangs zur Demokratie – «Algerischer Frühling» genannt – auszuzahlen. Trotz Protesten wegen der Wohnungsnot, den steigenden Nahrungsmittelpreisen und dem Mangel an Arbeitsplätzen entzieht sich Algerien dem revolutionären Trend.

Lisa Watanabe

Am 10. Mai 2012 gaben die Algerier bei den ersten Parlamentswahlen seit dem Beginn des «Arabischen Frühlings» ihre Stimme ab. Doch anstatt islamische Moderate wie zuvor in Tunesien und Ägypten, gewannen zwei Parteien der zuvor regierenden Koalition, die Nationale Befreiungsfront (Front de Libération Nationale) und die Nationale Demokratische Sammlung (Rassemblement National Démocratique). Beide Parteien erhielten mehr Stimmen als die Allianz des «Grünen Algeriens», bestehend aus der Bewegung der Gesellschaft für Frieden (Hamas), der Nahda-Bewegung und der Bewegung für Nationale Reform (Islah).

Eine «irreführende Ausnahme»: Eine geteilte und von der Ge- schichte gezeichnete Gesellschaft

Eine Reihe von Faktoren helfen, die scheinbare «algerische Ausnahme» des «Arabischen Frühlings» zu erklären. Zum einen hat Algerien bereits eine Art von «arabischen Frühling» erlebt. Im Jahre 1988 führte die öffentliche Empörung über die Regierung von Präsident Chadli Bendjedid zu tagelangen Protesten in Algier, die von den Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen wurden. 500 Menschen liessen dabei ihr Leben, bis Bendjedid politische Reformen ankündigte, insbesondere die Trennung von Staat und der herrschenden Partei (FLN) sowie die Schaffung eines Mehrparteiensystems.

Im Februar 1989 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die die Armee auf eine rein militärische Rolle reduzierte. Sie garantierte auch die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, formalisierte die Trennung von Partei und Staat und erlaubte den algerischen Bürgern politische Organisationen zu bilden. Doch der Übergang zu einem Mehrparteiensystem wurde streng von der Staatsgewalt kon-

trolliert. Als die Islamische Heilsfront (FIS) im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen 1991 einen Erdrutschsieg errang, griff die Armee ein. Bendjedid trat zurück, die Nationalversammlung wurde aufgelöst, das Militär patrouillierte auf den Strassen und die Macht wurde dem Hohen Sicherheitsrat übertragen, der zweite Wahlgang abgesagt. Der anschliessende jahrzehntelange Bürgerkrieg zwischen der Staatsgewalt und den Islamisten forderte rund 200 000 Todesopfer. Der Krieg stärkte die Position des Militärs; die Bereitschaft der Bevölkerung für Reforminitiativen wurde weitgehend gebrochen. Wenn Präsident Abdelaziz Bouteflika heute anders als die geschassten Führer von Tunesien, Ägypten oder Libyen wahrgenommen wird, liegt es daran, dass er mit der Wiederherstellung der Stabilität im Land verbunden wird.

Schwache und gebrochene Zivilgesellschaftsstrukturen

Die algerischen Proteste wurden auch durch fehlende Organisationsstrukturen innerhalb der Zivilgesellschaft sowie der Fähigkeit der Behörden, einen relativen sozialen Frieden zu erkaufen, begrenzt. Zwar fanden im Januar 2011 Demonstrationen statt, aber sie wurden recht schnell von den Sicherheitskräften unterbunden. Das Ausmass der Proteste, die in kleinem Massstab andauern, war geringer als in Ägypten, Tunesien oder Libyen. Die Zivilgesellschaft im Land ist durch Anti-Terror-Massnahmen und gesetzliche Bestimmungen geschwächt, die dazu genutzt werden, Kritik an der Staatsgewalt zu unterbinden. Das erklärt die fehlenden Organisationsstrukturen, insbesondere der jüngeren Generation, von der man erwarten könnte, dass sie weniger vom Bürgerkrieg traumatisiert ist. Die Gewerkschaften haben zwar kämpferischer für soziale Belange gestritten, aber nicht versucht, Proteste zu organisieren. Denn obwohl

Algeriens Jugend die Mehrheit der Demonstranten stellt, ist sie in der Gewerkschaftsführung unterrepräsentiert. Ausserdem erlaubt der Ölreichtum dem Regime, den sozialen Frieden zu erkaufen. So hat die Regierung 2011 versprochen, die öffentlichen Ausgaben um 25 % zu steigern, um den sozialen Wohnungsbau und die Gehälter im öffentlichen Dienst zu verbessern, jungen Menschen zinsgünstige Kredite anzubieten und Grundnahrungsmittel zu subventionieren. So war sie in der Lage, die Ausweitung der Streiks hin zu sozialen Protesten zu verhindern.

Von oben verordnete und oberflächliche Reformen

Die Nutzung des Slogans «ein Frühling für Algerien» zeigt, dass das Regime sich der Bedeutung der wachsenden nationalen und internationalen Erwartungen bewusst ist. Sofortmassnahmen beinhalteten die Aufhebung des 19-jährigen Ausnahmezustands, das Versprechen von mehr Pressefreiheit, die Begrenzung von Preissteigerungen auf lebensnotwendige Güter und die Ankündigung von Parlamentswahlen.

**Krawalle und Proteste wegen überhöhter
Lebensmittelpreise.** Bild: Louiza Liberté



Die Einladung von ausländischen Wahlbeobachtern zu den jüngsten Parlamentswahlen belegen den Eifer des Regimes zu demonstrieren, dass sich die Zeiten geändert haben. Obwohl sich eine Reihe von neuen Parteien für die Wahlen registrieren konnte, bleibt fraglich, wie das Militär auf einen starken Auftritt von Islamisten reagieren wird, die dem Regime weniger wohlgesonnen sind als die moderaten islamistischen Parteien, die an der Wahl teilnahmen. Die FIS ist noch immer verboten. Darüber hinaus ist unklar, ob das Parlament echte Kontrollbefugnisse haben wird.

In Reaktion auf Forderungen nach politischen Reformen hat Bouteflika einen beratenden Ausschuss einberufen, der politische Reformen vorschlagen soll. Die Zusammensetzung des Ausschusses sowie die von ihm konsultierten politischen Akteure stossen bei der Bevölkerung allerdings auf wenig Vertrauen. Tatsächlich fühlen sich die meisten Algerier politisch entmündigt und sehen in ihren aktuellen, alternden Politikern keine Triebkräfte des Wandels. Sogar die islamistischen Parteien, die in der Vergangenheit als eine glaubwürdige oppositionelle Kraft galten, werden heutzutage als regimetreu gesehen. Neue zivilgesellschaftliche, von jungen Menschen gegründete Organisationen sind von den Beratungen ausgeschlossen.

Die Beratungen des Ausschusses haben zu Gesetzesvorschlägen geführt, die zu einer Verbesserung der Rede- und Vereinigungsfreiheit führen sollen. Die Beibehaltung von Einschränkungen der Meinungsfreiheit sowie die Genehmigungspflicht bei der Gründung eines Vereins geben den neuen Gesetzen jedoch einen bitteren Beigeschmack. Darüber hinaus kann die Präsenz von Al-Qaida in Teilen des Landes immer als Entschuldigung herhalten, um grundlegende Bürgerrechte weiter einzuzugrenzen.



Soziale Ungerechtigkeit als Ursache jetziger und künftiger Unruhen

Neben den offensichtlichen Mängeln der bisher eher seichten Reformen, erzeugt fehlende soziale Gerechtigkeit Unzufriedenheit. So ist die Jugendarbeitslosigkeit eine tickende Zeitbombe, sie liegt bei den 15- bis 24-jährigen bei 21,5%. Auf Bürgerproteste im Jahr 2011 reagierte die Regierung mit Massnahmen wie mehr Unterstützung bei der Jobsuche und einen verbesserten Zugang zu Krediten für junge Unternehmer. Der private Sektor wird vom Öl- und Gasgeschäft dominiert, die im Jahr 2011 beinahe 100% der Exporte ausmachten. Ob die Massnahmen dazu beitragen, die Wirtschaft zu diversifizieren und Arbeitsplätze zu schaffen, bleibt offen.

Reformen brauchen mehr Substanz

Für das Regime wird es eine der grössten Herausforderungen sein, die richtige Art und Umfang von Reformen einzuleiten, die es als legitim erscheinen lassen. Die bisherigen Massnahmen sind nicht vielversprechend. Während die Öffnung des politischen Raumes ein wesentlicher Schritt zur Erfüllung des Bedürfnisses nach einer grösseren Repräsentation ist, fehlt bisher eine glaubwürdige Opposition, die sich für die Forderungen des Volkes einsetzt. Der Druck von unten muss beibehalten und in eine breite Bewegung kanalisiert werden. Grundsätzlich muss die Kluft zwischen formaler und realer Macht geschlossen werden. Dies bedeutet nicht nur, dass das Parlament mehr Kontrollbefugnisse erhält, sondern auch, dass sich das Militär und die Geheimdienste schrittweise aus der Politik zurückziehen. Schliesslich wird auch die Fähigkeit der Staatsmacht, den Lebensstandard und die Beschäftigungsaussichten der Menschen zu verbessern, für einen gelungenen Übergang entscheidend sein. ■

Aus dem Englischen von Johanne Kübler. Die in diesem Papier vertretenen Ansichten sind allein die der Autorin und entsprechen nicht zwangsläufig den Ansichten des GCSP.



Lisa Watanabe
Dr.
Research Fellow
Geneva Centre for Security
Policy GCSP
1204 Genève

Das Wort des CdA



Chance Miliz!

Sehr geehrte Leserinnen und Leser der ASMZ

Vor kurzem fand in Luzern ein Anlass von «Chance Miliz» und der Offiziersgesellschaft Luzern statt. Gekoppelt mit dem Seminar für junge Offiziere der SOG stellten sich die Organisatoren die Frage, ob die «Facebook-Generation» und die Milizarmee noch zusammenpassen. Eigentlich beantwortet die Tatsache, dass die OG Luzern unter der Führung ihres jungen Präsidenten diesen Anlass tadellos organisierte, sowie die Teilnahme von über 30 jungen Offizieren die Frage bereits. Wenn wir dann noch die Diskussionsbeiträge betrachten, stellen wir fest, dass unsere Junioren mit einem differenzierten Denken und grossem Engagement für unsere Gesellschaft punkten können: Man habe als junger Erwachsener allerdings heute so viele Weiterbildungs-Optionen, dass man sich kaum entscheiden könne. Wenn der Staat die gut ausgebildeten Leute auch zu Gunsten der Sicherheit des Landes einsetzen wolle, sei die WehrPFLICHT und das Milizsystem richtig und wichtig.

Wenn dann in derselben Veranstaltung Soziologieprofessor Dr. Bergman nebst seinen Ausführungen über die Konsequenzen von Social Media in einem Nebensatz von einer deutlich steigenden Kriegsgefahr auf Grund der zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Spannungen auf der Welt spricht, lässt das ebenfalls aufhorchen.

Das Jahresende nähert sich bereits und der Advent liegt vor uns. Eine besinnliche Zeit, welche wir – im Gegensatz zu weiten Teilen unserer Welt – traditionell in Frieden und im Kreise unserer Familie verbringen dürfen. Vergessen wir aber nicht, dass es unsere Bürger sind, welche durch ihren Einsatz dazu beitragen.

Ich wünsche Ihnen eine ruhige Vorweihnachtszeit und danke allen Dienstleistenden und ihren Angehörigen – aber insbesondere auch den Arbeitgebern – für den Einsatz zu Gunsten der Sicherheit unseres Landes.

Korpskommandant André Blattmann
Chef der Armee